

AUS UNSERER RUBRIK: STATISTIKEN MIT KOMMUNALEM BEZUG

# Die elf Kommunalwahlen des Frühjahrs

Die FDP ist überall der klare Wahlverlierer – ansonsten nur geringe Veränderungen

**G**emeinsam mit den Europawahlen am 25. Mai dieses Jahres wurden in zehn Bundesländern die kommunalen Mandatsträger gewählt. Nimmt man die bayerischen Kommunalwahlen am 16. März hinzu, waren in den vergangenen drei Monaten 74,6 Prozent der wahlberechtigten Bürger in der Bundesrepublik aufgerufen, ihre kommunalen Vertreter zu bestimmen. Gewählt wurden Kreistage, Gemeinderäte, Bezirksbeiräte, Ortschaftsräte, Landräte, Stadtverordnetenversammlungen, Regionalversammlungen, Verbandsgemeinderäte, Ortsbeiräte, Stadträte und Bezirksversammlungen. Und angetreten ist eine sehr heterogene Kandidatenschar aus etablierten Parteien, Unabhängigen, regionalen Interessengruppen, freien Wählergemeinschaften und Kleinparteien. Über den Wirkungsbereich politischer Weichenstellungen auf der kommunalen Ebene wurde an dieser Stelle schon vielfach debattiert. Zum einen wird die kommunale Sphäre im Rahmen der Energiewende, der wachsenden kommunalwirtschaftlichen Verantwortung in Stadtwerken und anderen kommunalen Unternehmen sowie im Zusammenhang mit deutlich erweiterten Kompetenzen für Bürgerentscheide und Volksbegehren immer wichtiger.

Zum anderen stehen die hier getroffenen Entscheidungen unter dem Vorbehalt eines sehr eng bemessenen finanziellen Spielraums. Nun hat sich die Große Koalition deutlich zu einer Stärkung der Kommunen bekannt. Und tatsächlich ist dies die Ebene, in der sich Politik in Realität transformiert und auf der die Bürger am ehesten nachvollziehen können, welches Gewicht ihre Wahlstimme hat. Insofern ist zu bedauern, dass die vielzähligen Kommunalwahlen des Frühjahrs nur ein äußerst geringes Echo in der Medienlandschaft gefunden haben. Wir wollen diesem Trend entgegenwirken und den meist ehrenamtlichen Wahlhelfern, Kandidaten, Bürgervertretern und Mandatsträgern eine angemessene Plattform bieten. Lesen Sie im Folgenden eine ausführliche Analyse der Kommunalwahlen zwischen Schwarzwald und Rügen, zwischen Hamburg-St. Pauli und München-Schwabing.

Die elf Bundesländer in denen im Frühjahr 2014 die kommunalen Versammlungen gewählt wurden, entsprechen ziemlich genau drei Vierteln der Wahlberechtigten auf Bundesebene. Dieser Kreis erweitert sich noch etwas dadurch, dass das aktive Wahlrecht auf der kommunalen Ebene in Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Brandenburg und Baden-Württemberg bereits ab dem Alter von 16 gilt. Und weil bei Kommunalwahlen auch in Deutschland lebende Bürger anderer EU-Staaten ihre Stimme abgeben dürfen. Insgesamt wurden in 225 der 295 deutschen Landkreise und in 88 der 110 deutschen kreisfreien Städte die Regionalversammlungen, Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen oder Gemeinderäte neu besetzt. Dies entspricht 76 bzw. 80 Prozent der Landkreise und kreisfreien Städte bundesweit. Wahlen fanden aber auch auf der untergeordneten Gemeinde-, Verbandsgemeinde oder Ortschaftsebene statt.

Zusätzlich wurden z.B. in Bayern, Nordrhein-Westfalen oder Sachsen-Anhalt Landrats- und Oberbürgermeisterposten neu besetzt. Zur besseren Vergleichbarkeit wollen wir uns in der anschließenden Analyse allerdings auf jene Wahlen konzentrieren, zu denen in allen der beteiligten Bundesländer aufgerufen wurde. Dies sind die Wahlen zu Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen kreisfreier Städte. Dazu zählen wir auch die Kommunalverbände besonderer Art in Hannover, Aachen und Saarbrücken. Auch die Wahlen zu den Bezirksversammlungen in Hamburg werden betrachtet – nicht

nur der Vollständigkeit halber, sondern auch weil die Hamburger Bezirke die Einwohnerzahlen vieler Landkreise und kreisfreien Städte bei weitem übersteigen. Abschließend sollen die Kommunalwahlen des Frühjahrs im Hinblick auf ihre bundesweiten Implikationen untersucht werden.



## Baden-Württemberg

Die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg fanden zeitgleich mit der Europawahl am 25. Mai statt. Wahlberechtigt waren 8,4 Millionen Bürger.

Gewählt wurden Kreistage, Gemeinderäte, Bezirksbeiräte, Ortschaftsräte und die Regionalversammlung in der Landeshauptstadt Stuttgart. Die Wahlbeteiligung ist leicht um 1,6 Prozentpunkte auf nun 49,1 Prozent gesunken. Landesweit und mit Blick auf alle 1.101 Gemeinden in Baden-Württemberg haben sich im

Vergleich zu den vergangenen Kommunalwahlen des Jahres 2009 nur leichte Veränderungen ergeben. Die CDU erreichte mit 28,1 Prozent haargenau das Ergebnis der vorangegangenen Kommunalwahl. Ob die CDU nun auch als stärkste Kraft bezeichnet werden kann, ist wie 2009 eine Frage der Definition. Denn die sehr heterogen auftretenden regionalen Wählervereinigungen erreichten insgesamt einen Anteil von 35,7 Prozent. Dies entspricht zwar leichten Verlusten von knapp zwei Prozentpunkten, ist aber noch immer deutlich mehr als jede andere Partei erreichen konnte. Für das Regierungslager aus Grünen und SPD im Landtag von Baden-Württemberg zeigt sich ein leichter Zugewinn von 1,2 Prozentpunkten. Dabei gewinnen die Grünen

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Baden-Württemberg 2009 und 2014



Anmerkung: Die Linke trat nicht landesweit an  
WV = Wählervereinigungen

1,6 Prozentpunkte, während die SPD 0,4 Prozentpunkte verliert. Mit landesweit knapp neun Prozent erreichen die Grünen jedoch nicht ansatzweise das Ergebnis der letzten Landtagswahl. Und auch insgesamt können SPD (16,4 Prozent) und Grüne (neun Prozent) zusammengenommen nicht an das Ergebnis der CDU (28,1 Prozent) heranreichen.

Die Linke erringt leichte Gewinne, verbleibt aber in etwa auf dem Niveau des Jahres 2009. Ihr ist es allerdings auch 2014 nicht ansatzweise gelungen, landesweit anzutreten, weshalb sie in der Grafik nicht gesondert berücksichtigt wurde. Klarer Wahlverlierer ist die FDP, die ausgehend von einem schwachen Ergebnis noch einmal 1,8 Prozentpunkte verliert und nunmehr lediglich 2,8 Prozent erreicht.

Die CDU stellt in allen 28 baden-württembergischen Kreistagen die stärkste Fraktion der etablierten Parteien. Zudem gewinnt sie sieben der neun kreisfreien Städte. Besondere Erwähnung verdient das Ergebnis in der Landeshauptstadt Stuttgart, wo die CDU die Grünen als stärkste Fraktion im Gemeinderat überflügeln konnte. Die SPD gewinnt wie 2009 in Mannheim die relative Mehrheit, die Grünen – ebenso wie 2009 – in Freiburg im Breisgau. Zu erwähnen sind ferner die massiven Zugewinne der SPD im Landkreis Alb-Donau sowie die der Grünen im Landkreis Biberach.



### Bayern

Die Kommunalwahl in Bayern fand bereits am 16. März statt. In diesem Zusammenhang bestimmten die Wähler nicht nur Kreistage, Stadträte, Gemeinderäte, sondern in den meisten Landkreisen und kreisfreien Städten auch Landräte und Oberbürgermeister. Nur in sechs der 25 kreisfreien Städte und in 13 der 71 Landkreise standen die Oberbürgermeister bzw. Landräte nicht zur Wahl. Zusätzlich fanden in 168 kreisangehörigen Gemeinden Bürgermeisterwahlen statt. Wahlberechtigt waren etwas mehr als zehn Millionen Bürger. Die Wahlbeteiligung in Bayern lag mit 55 Prozent 4,6 Prozentpunkte unter der des Jahres 2008. Dennoch gingen in Bayern mehr Menschen zur Kommunalwahl als in vielen anderen Bundesländern, und dies trotz der Tatsache, dass die Kommunalwahlen in Bayern im Gegensatz zu allen anderen der hier analysierten Kommunalwahlen nicht mit den Europawahlen terminlich verknüpft waren.

Auch in Bayern ergaben sich keine gravierenden Veränderungen im Vergleich zur vorangegangenen Kommunalwahl aus dem Jahre 2008. Die CSU verlor in den meisten Kreisen und

### Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Bayern 2008 und 2014



Anmerkung: WG = Wählergruppen, ohne die Landesvereinigung Freie Wähler Bayern  
GWV = Gemeinsame Wahlvorschläge von mehreren Parteien/Wählergruppen  
FW = Freie Wähler

kreisfreien Städten teilweise beträchtlich, konnte aber in München deutliche Gewinne von fast fünf Prozentpunkten erzielen. Damit büßte sie in der Summe landesweit nur 0,3 Prozentpunkte ein, landete aber erstmals seit Jahrzehnten unter 40 Prozent. Die SPD erlitt eine weitere Wahlniederlage und sank auf einen Anteil von nur noch 20,7 Prozent, was ihren negativen Rekord von 2008 nochmals unterbot. Die Freien Wähler waren 2008

statistisch noch zusammen mit den anderen Wählergruppen verzeichnet worden; z u s a m m e n gerechnet erzielten diese und die Freien Wähler nahezu dasselbe Resultat wie 2008 (insgesamt 19,2 Prozent). Klare Gewinner der Wahl waren die Grünen, die landesweit um zwei Prozentpunkte zulegten. Für die Linke zeigt sich nach wie vor, dass Bayern das Bundesland ist, in dem die West-Integration noch am wenigsten gelingt. Indizien hierfür sind vergleichsweise schwache Ergebnisse und die Tatsache, dass nach

wie vor in vielen Landkreisen gar nicht angetreten wird. Die FDP verliert nahezu durchgängig in allen Landkreisen und kreisfreien Städten. Allerdings waren die Verluste geringer ausgeprägt als in anderen Bundesländern. Generell zeigt sich, dass die Parteienlandschaft in Bayern insbesondere auf

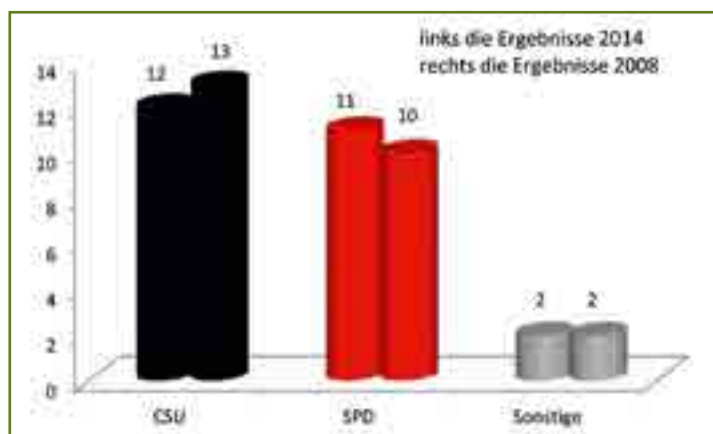
der kommunalen Ebene sehr heterogen ist. Die ÖDP, die Bayernpartei oder regionale Wählervereinigungen stellen in einigen kommunalen Versammlungen relevante Kräfte.

Die CSU erringt in allen 71 bayerischen Landkreisen die relative Mehrheit. Dazu ist sie in 19 der 25 kreisfreien Städte stärkste Fraktion. Hier zeigt sich allerdings eine leicht negative Tendenz, denn 2009 konnte sie noch 21

### Zahl der Landräte in Bayern nach Parteien 2008 und 2014



### Zahl der Oberbürgermeister kreisfreier Städte in Bayern nach Parteien 2008 und 2014



kreisfreie Städte gewinnen. In dieser Kategorie gewann die SPD Weiden in der Oberpfalz, Passau und Regensburg hinzu. Nürnberg, Fürth und Coburg konnten gehalten werden, die Landeshauptstadt München ging an die CSU verloren.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Brandenburg 2008 und 2014



Bei den Wahlen zu den Landräten und Oberbürgermeistern kreisfreier Städte ergaben sich insbesondere nach den Stichwahlen vom 30. März einige Veränderungen. In den Landkreisen verlor die SPD sechs ihrer bislang elf Landräte. Die CSU stellt nun 50 der 71 bayerischen Landräte – fünf mehr als bisher. Die Freien Wähler regieren künftig in 13 Landkreisen und haben damit einen Landratsposten verloren. Besonders überraschend ist das Ergebnis der Grünen. Sie stellen erstmals in ihrer Geschichte bayerische Landräte – und zwar gleich zwei: Im unterfränkischen Landkreis Miltenberg und im oberbayerischen Landkreis Miesbach.

Aus den Wahlen zu den Oberbürgermeisterposten in den kreisfreien Städten ging die SPD als Sieger hervor. Sie stellt in der Landeshauptstadt München weiter den Oberbürgermeister. Dieter Reiter konnte erfolgreich die Nachfolge seines Parteigenossen Christian Ude antreten. In Regensburg und Erlangen konnten SPD-Kandidaten CSU-Oberbürgermeister ablösen. Dafür ging jedoch Würzburg an die CSU verloren. Aktuell stellt die CSU nur noch zwölf und damit weniger als die Hälfte der Oberbürgermeister in den kreisfreien Städten Bayerns. Auf die SPD entfallen elf und auf freie Wählergemeinschaften zwei Posten.



### Brandenburg

In Brandenburg wurden zusammen mit den Europawahlen am 25. Mai auch die kommunalen Vertretungen gewählt. Wahlberechtigt waren knapp 2,1 Millionen Bürger. Gewählt wurden Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Ortsbeiräte. Die Wahlbeteiligung lag mit 46,3

Prozent etwa drei Prozentpunkte unter der des Jahres 2008.

Gewinner der Kommunalwahlen in Brandenburg war eindeutig die CDU. Sie konnte annähernd fünf Prozentpunkte hinzugewinnen. Insbesondere in der kreisfreien Stadt Cottbus wurden massive Gewinne erzielt. Die Linke verlor annähernd im gleichen Ausmaß und ist nun nur noch drittstärkste kommunale Kraft. Die Verluste ziehen sich dabei durchgängig durch alle Landkreise und kreisfreien Städte. Bei der kommenden Landtagswahl am 14. September würde ein solches Ergebnis nicht ausreichen, um in einer rot-roten Koalition den Ministerpräsidenten stellen zu können. Die SPD um Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke verlor ebenfalls leicht und wurde von der oppositionellen CDU als stärkste Kraft auf der kommunalen Ebene abgelöst. Dennoch erreicht die im Landtag regierende Koalition aus SPD und Die Linke noch immer ein deutlich besseres Ergebnis als CDU und FDP. Letztere ist der zweite eindeutige Wahlverlierer. Ihr Anteil hat sich landesweit auf nun vier Prozent annähernd halbiert. Die AfD erreicht aus dem Stand knapp vier

Prozent – und dies, obwohl sie längst nicht in allen Landkreisen und kreisfreien Städten angetreten ist. Die sonstigen Parteien und Wählervereinigungen konnten ihren bisher schon hohen Wähleranteil weitgehend stabil halten. Zusammengekommen erreichen sie 18,6 Prozent. In Brandenburg sind es aber nicht die Freien Wählergruppen, die den Löwenanteil in der Kategorie „Sonstige“

ausmachen, sondern eher kleinere Parteien von den Bauern bis hin zur NPD.

Die CDU stellt nun in vier der 14 brandenburgischen Landkreise die stärkste Fraktion – in einem mehr als noch 2008. Zudem ist sie nun in zwei kreisfreien Städten die stärkste Kraft im Stadtrat. Die Linke konnte trotz großer Verluste „ihre“ beiden Landkreise Barnim und Märkisch Oderland verteidigen – ebenso die beiden kreisfreien Städte Potsdam und Frankfurt an der Oder. Die SPD verliert einen Landkreis (Potsdam-Mittelmark) und eine kreisfreie Stadt (Cottbus) an die CDU. Sie ist nun in keiner der vier kreisfreien Städte mehr die Nummer eins. Dafür hält sie diese Position noch in acht der 14 Landkreise.



### Mecklenburg-Vorpommern

Die Kreistage in Mecklenburg-Vorpommern wurden erst 2011 gewählt, wegen der umfassenden Kreisgebietsreform desselben Jahres war eine Neuwahl jedoch schon für 2014 festgelegt worden. Wahlberechtigt waren knapp 1,8 Millionen Bürger. Sie konnten Kreistage, Stadtvertretungen und Gemeindevertretungen bestimmen. Die Wahlen fanden parallel zur Europawahl am 25. Mai statt. Die Wahlbeteiligung lag bei 46,5 Prozent, schwankte jedoch erheblich und war in den Landkreisen deutlich höher als in den kreisfreien

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2011 und 2014



Städten. Im Vergleich zu den Wahlen im Jahr 2011 ist die Wahlbeteiligung um knapp fünf Prozentpunkte gesunken.

Wahlsieger war die CDU, im Land Juniorpartner einer Großen Koalition. Ausgehend von einem hervorragenden Ergebnis des Jahres 2011 konnten noch einmal 1,2 Prozentpunkte hinzugewonnen werden. Besonders stark war der

Zuwachs an Wählerstimmen in den Landkreisen Mecklenburgische Seenplatte, Rostock, Vorpommern-Greifswald und Vorpommern-Rügen. Die oppositionelle Die Linke verlor knapp zwei Prozentpunkte und liegt nun unter der 20-Prozent-Marke. Sie ist aber nach wie vor zweitstärkste Kraft in den mecklenburg-vorpommerschen Kommunen. Die SPD um Ministerpräsident Erwin Sellering verlor leicht und rangiert wie 2011 auf dem dritten Rang. Die Grünen konnten nochmals zulegen und übertreffen nun recht deutlich die bei Landtagswahlen entscheidende Fünf-Prozent-Marke. Die AfD erreicht aus dem Stand 4,2 Prozent, trat aber nicht überall an. Die NPD erzielte mit 3,2 Prozent das gleiche Ergebnis wie noch 2011. Klarer Wahlverlierer ist auch in Mecklenburg-Vorpommern die FDP. Sie verlor mehr als die Hälfte ihrer Wählerstimmen und liegt nun nur noch bei 3,3 Prozent. Die sonstigen Parteien und Wählervereinigungen konnten Stimmen gewinnen und erreichen nun zusammengenommen knapp zwölf Prozent.

Die CDU stellt nun in allen sechs Landkreisen die stärkste Fraktion. Allein in vier Landkreisen konnte sie diesen Status der SPD abnehmen, die nun weder in einem Landkreis noch in einer kreisfreien Stadt die stärkste Fraktion stellt – ein historisches Novum für eine Regierungspartei und stärkste Fraktion in einem deutschen Landtag. Die Landeshauptstadt Schwerin ging von den Linken an die CDU. Allerdings stellt Die Linke in der größten Stadt des Landes, der Hansestadt Rostock, nach wie vor eine klare Mehrheit in der Bürgerschaft.

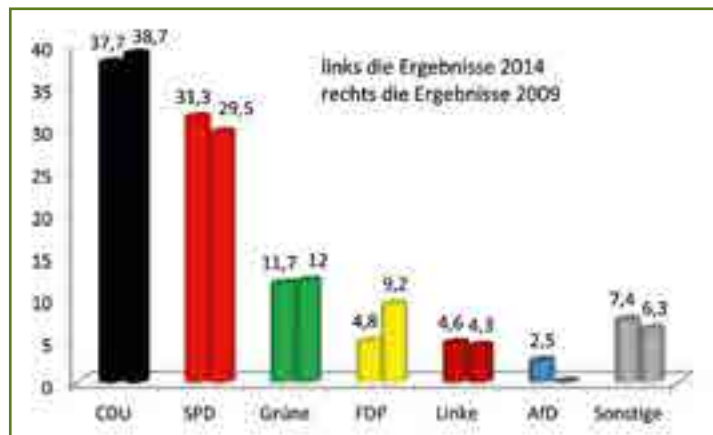


## Nordrhein-Westfalen

Mit etwas mehr als 14 Millionen waren in Nordrhein-Westfalen die mit Abstand meisten Menschen zur Wahl ihrer kommunalen Vertreter aufgerufen. Sie bestimmten Kreistage, Stadträte, Gemeinderäte und Bezirksvertretungen. Daneben standen auch einige (Ober)Bürgermeister und Landratswahlen an. 2007 hatte das Kabinett Rüttgers eine Entkoppelung der (Ober)Bürgermeister- und Landratswahlen von den Kommunalwahlen beschlossen. Diese Entscheidung wurde jedoch vom Kabinett Kraft II wieder rückgängig gemacht. Damit verbanden sich für die aktuelle Wahl einige Sonderregelungen, die im Gesetz zur Stärkung der kommunalen Demokratie vom 9. April 2013 festgelegt wurden:

- ☐ Die Räte der Städte, Gemeinden und Kreise sowie die Bezirksvertretungen werden einmalig für sechs Jahre gewählt, danach wieder für fünf Jahre. Den (Ober)Bürgermeistern und Landräten, die zusammen mit den allgemeinen Kommunalwahlen 2009

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen 2009 und 2014



gewählt wurden, wird ein einmaliges Rücktrittsrecht angeboten, sodass die Direktwahlen mit den Ratswahlen zusammengelegt werden können.

- ☐ Eventuell notwendige Stichwahlen bei der Wahl der Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte sind für den 15. Juni 2014 vorgesehen.
- ☐ Als Wahltermine für (Ober)Bürgermeister und Landräte, die ihr Amt nicht vorzeitig zur Verfügung stellen wollen, wurden der 28. September 2014 und der 13. September 2015 festgelegt.

Die Wahlen fanden zeitgleich mit der Europawahl am 25. Mai statt. Die Wahlbeteiligung lag mit genau 50 Prozent etwa zwei Prozentpunkte unter dem Wert von 2009.

Die CDU konnte ihr gutes Ergebnis aus dem Jahre 2009 in etwa halten, verlor nur einen Prozentpunkt und ist nach wie vor deutlich die stärkste kommunale Kraft im Land. Die SPD um Ministerpräsidentin Hannelore Kraft konnte leicht hinzugewinnen und liegt nun wieder über 30 Prozent. Die Grünen bleiben relativ stabil bei etwa zwölf Prozent.

Klarer Wahlverlierer ist die FDP, die etwa die Hälfte ihrer Anteile verlor und nun unter fünf Prozent liegt. Die AfD erreichte aus dem Stand 2,5 Prozent und auch die sonstigen Parteien konnten leicht zulegen. Abgesehen vom Einbruch der FDP gibt es nach der Kommunalwahl kaum nennenswerte Verschiebungen im Parteigefüge. Wie 2009 stellt die CDU in 26 und die SPD in vier Landkreisen die stärkste Kraft. Allerdings hält die SPD nun in der Mehrzahl der kreisfreien Städte eine relative Mehrheit. Gingen 2009 noch 13 Städte an die CDU und nur zehn an die SPD, hat sich das Verhältnis nun mit neun zu 14 mehr als umgekehrt.

Herauszuheben sind die starken Verluste der CDU und die enormen Gewinne der SPD in Duisburg. Umgekehrt verhält es sich im Landkreis Unna. Die Linke konnte insbesondere in Dortmund stark zulegen. Die eh schon massiven

Verluste der FDP zeigten sich im Landkreis Viersen mit besonderer Vehemenz.

Bei den Landratswahlen in Nordrhein-Westfalen hat sich im ersten Wahlgang kein einziger personeller Wechsel ergeben. Elf Mal wurde der bisherige Landrat wiedergewählt.

Zehn Mal gehörte dieser der CDU an. Michael Makiolla, amtierender Landrat im Kreis Unna, war der einzige SPD-Kandidat, der sich direkt durchsetzen konnte. In den restlichen sieben zur Wahl stehenden Kreisen (inklusive der Städteregion Aachen) musste eine Stichwahl entscheiden. Hier konnten sowohl SPD als auch CDU drei ihrer Landkreise verteidigen. Der Landkreis Siegen-Wittgenstein ging von der Union an einen Sozialdemokraten. Andreas Müller wird dort neuer Landrat.

Auch bei den kreisfreien Städten musste man sich nach dem ersten Wahlgang noch keine neuen Namen merken. In vier der neun zur Wahl stehenden Städte konnte sich der bisherige Amtsinhaber direkt durchsetzen. Dieser gehörte zwei Mal der CDU und zwei Mal der SPD an. Bei den fünf Stichwahlen am 15. Juni kam es vier Mal zum Duell zwischen SPD und CDU. Die SPD konnte ihre Oberbürgermeister in Remscheid und in Dortmund verteidigen. In Mönchengladbach kam es zum Wechsel von Norbert Bude (SPD) zu Hans-Wilhelm Reiners (CDU). Revanchieren konnten sich die Sozialdemokraten in der nahegelegenen Landeshauptstadt Düsseldorf. Hier verlor CDU-Oberbürgermeister Dirk Elbers sein Amt an den Sozialdemokraten Thomas Geisel. Im bisher CDU-regierten Hagen gewann der von Union, Grünen und FDP unterstützte parteilose Erik Schulz gegen den SPD-Kandidaten Horst Wisotzki.



## Rheinland-Pfalz

Die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz fanden zeitgleich mit den Europawahlen am 25. Mai statt. Gewählt wurden Kreistage, Gemeinderäte und Verbandsgemeinderäte. Daneben standen in den Landkreisen Altenkirchen und

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz 2009 und 2014



Rhein-Lahn die Landräte zur Wahl. Zusätzlich wurden Bürgermeister in einigen kreisangehörigen Städten und Verbandsgemeinden gewählt. Insgesamt waren knapp 3,2 Millionen Rheinland-Pfälzer berechtigt, ihre kommunalen Vertreter zu bestimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 55,5 Prozent und ist damit im Vergleich zu 2009 um 0,4 Prozentpunkte gestiegen.

Die Ergebnisse brachten insgesamt keine gravierenden Verschiebungen im Parteienspektrum. Die im Landtag oppositionelle CDU verteidigte deutlich ihren Spitzenrang, konnte nochmals knapp ein Prozentpunkt zulegen und erreicht nun 38,6 Prozent. Die SPD blieb weitgehend stabil bei knapp unter 30 Prozent. Die Grünen gewannen nennenswert Anteile hinzu und erreichen nun fast zehn Prozent. Klarer Wahlverlierer ist die FDP, die mehr als die Hälfte ihrer Stimmen verlor und nun unter der Fünf-Prozent-Marke liegt. Die Linke konnte ihre Stimmenanteile leicht ausbauen und erreicht nun 3,2 Prozent. Knapp dahinter liegt mit drei Prozent die erstmals angetretene AfD. Dort, wo sie Kandidaten aufstellte, konnten im Regelfall mehr als fünf Prozent erreicht werden. Auf die sonstigen Parteien und Wählergruppen entfielen 13,1 Prozent – etwas mehr als noch 2009.

Die CDU stellt wie 2009 in 20 Landkreisen die stärkste Fraktion. Die übrigen vier Landkreise gehen an die SPD. Auch bei den kreisfreien Städten zeigen sich kaum Veränderungen. Lediglich in Landau in der Pfalz konnte die bisher stärkste Fraktion abgelöst werden. Dies ist nun die CDU und nicht mehr die SPD. Insgesamt gehen damit acht kreisfreie Städte an die CDU und vier an die SPD.

Besonders hervorzuheben sind die massiven Gewinne der Linken in der kreisfreien Stadt Frankenthal (Pfalz), die der CDU im Landkreis Vulkaneifel und die der Grünen in der kreisfreien Stadt Zweibrücken.

Bei den beiden Landratswahlen in Altenkirchen und im Rhein-Lahn-Kreis konnten

CDU bzw. SPD ihre Posten verteidigen. Frank Puchtler wurde im Rhein-Lahn-Kreis zum Nachfolger seines SPD-Parteigenossen Günter Kern gewählt. Michael Lieber von der CDU ist im Landkreis Altenkirchen wiedergewählt worden.

einen Anteil von knapp 75 Prozent. Verloren haben vor allem die kleineren Parteien. Die im Saarland traditionell starke Linke büßt mehr als fünf Prozentpunkte ein und kann nur knapp vor den Grünen ihren Status als dritte kommunale Kraft verteidigen. Dies lässt sich möglicherweise mit dem Rückzug Oskar Lafontaines aus der Bundespolitik begründen. Die Saar-Linke läuft Gefahr, ihren in Bezug auf die West-Integration der Bundes-Linken besonderen Status zu verlieren. Im Gegensatz zu den anderen Kommunalwahlen des Frühjahrs büßen auch die Grünen etwas ein und liegen nur noch bei knapp über fünf Prozent. Deutlichster Wahlverlierer ist aber auch im Saarland die FDP. Sie verliert annähernd zwei Drittel ihrer Wählerstimmen. Die AfD erreicht landesweit zwei Prozent. Allerdings ist sie nicht überall angetreten. Dort, wo dies der Fall war, wurden in der Regel Werte um die fünf Prozent erzielt. Auch die sonstigen Parteien und Wählergruppen zeigen ein deutliches Plus von etwas mehr als drei Prozent. Auf sie entfallen nun 7,6 Prozent.

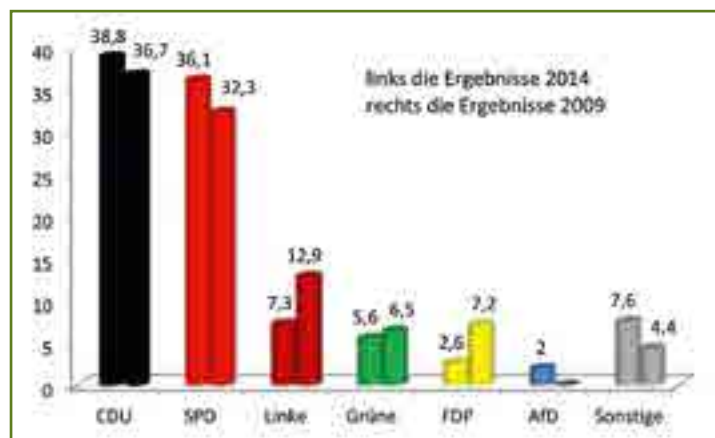
Die CDU stellt in fast allen Landkreisen und auch im Regionalverbund Saarbrücken die stärkste Fraktion. Einziger der Landkreis Neunkirchen geht an die SPD. Dies entspricht dem Ergebnis aus dem Jahre 2009. Im Stadtrat von Saarbrücken bleibt die SPD stärkste Fraktion. Hier reicht es knapp zur Fortsetzung des rot-rot-grünen Bündnisses. Bei



Saarland

Im Saarland fanden die Kommunalwahlen zeitgleich mit der Europawahl am 25. Mai statt. Gewählt wurden Kreistage, Stadträte,

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen im Saarland 2009 und 2014



Gemeinderäte, Regionalversammlungen, Ortsräte, zusätzlich der neue Landrat im Saarpfalz-Kreis und einige Bürgermeister. Rund 800.000 Menschen waren aufgerufen, ihre kommunalen Vertreter zu bestimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 52,5 Prozent, ein deutliches Minus von fünf Prozentpunkten gegenüber der Wahl von 2009.

Das Landesergebnis zeigt etwas deutlichere Verschiebungen als in anderen Bundesländern. Die SPD konnte mit knapp vier Prozent klar hinzugewinnen und liegt jetzt nur noch knapp hinter der CDU (38,8 Prozent) um Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer. Insgesamt wurde die Große Koalition im Saarbrücker Landtag deutlich gestärkt und erreicht auf kommunaler Ebene nun

der Landratswahl im Saarpfalz-Kreis konnte die SPD ihren Landratsposten knapp verteidigen. Dr. Theophil Gallo kann dort nun die Nachfolge seines Parteigenossen Clemens Lindemann antreten.



Sachsen

In Sachsen waren zeitgleich mit der Europawahl am 25. Mai knapp 3,4 Millionen Wahlberechtigte aufgefordert, ihre kommunalen Vertreter zu bestimmen. Gewählt wurden

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Sachsen 2008 und 2014



Kreistage, Stadträte, Gemeinderäte und Ortschaftsräte. Die Wahlbeteiligung lag bei 48,9 Prozent – ein deutliches Plus gegenüber 45,7 Prozent im Jahre 2008.

Die Kommunalwahl in Sachsen brachte nur leichte Veränderungen. Die sächsische Union konnte ihre Spitzenposition in der kommunalen Sphäre untermauern. Sie steigerte ihr Ergebnis um 0,6 Prozentpunkte auf nun 36,1 Prozent. Insbesondere im Landkreis Bautzen konnten massive Gewinne errungen werden. Die Linke erreicht mit marginalen Verlusten von 0,7 Prozentpunkten wieder den zweiten Rang. Sie liegt damit deutlich vor der SPD, die ebenfalls leicht verlor und 12,8 Prozent erzielte.

Die sächsischen Sozialdemokraten verzeichnen damit wieder einmal das schwächste Ergebnis bundesweit. Die Grünen können ihren Anteil leicht ausbauen. Insbesondere in den sächsischen Großstädten erreichen sie zweistellige Ergebnisse. Landesweit kommen sie auf 7,2 Prozent. Sie etablieren sich damit auch in den ostdeutschen Kommunen als relevante kommunale Kraft. Die AfD trat erstmals bei einer sächsischen Kommunalwahl an und erreicht sofort 5,7 Prozent.

Klarer Wahlverlierer ist auch in Sachsen die FDP. Ihre Anteile haben sich mit nur noch fünf Prozent fast halbiert. Allerdings bestehen noch immer berechtigte Hoffnungen, bei der kommenden Landtagswahl Ende August die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. In diesem Zusammenhang hat die CDU Sachsens eine Koalition mit der AfD noch nicht vollständig ausgeschlossen. Insofern könnte es gelingen, bei den Landtagswahlen die konservative Mehrheit zu verteidigen. Dies wird auch davon abhängen, ob die NPD wieder den Einzug in den Landtag schafft. Bei den Kommunalwahlen verzeichnet sie leichte Verluste und erringt nun nur noch knapp vier Prozent. Auf die sonstigen Parteien und Wählergruppen entfallen 10,9 Prozent – ein leichtes Minus gegenüber 2008.



Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt fanden zeitgleich mit der Europawahl am 25. Mai die Wahlen zu Kreistagen, Stadträten, Gemeinderäten, Verbandsgemeinderäten und Ortschaftsräten statt. Wahlberechtigt waren insgesamt knapp zwei Millionen Menschen. Die Wahlbeteiligung lag mit 43,1 Prozent deutlich über den Werten der Jahre 2007 (38 Prozent) und 2009 (38 Prozent). Beim Vergleich der Ergebnisse mit vorangegangenen Kommunalwahlen ist zu beachten, dass diese nicht gleichzeitig, sondern quasi zweigeteilt eben in den Jahren 2007 und 2009 stattgefunden haben. Die Ergebnisse wurden in der vergleichenden Übersicht subsumiert. Zusätzlich ist zu erwähnen, dass mit den Kommunalwahlen am 26. Mai zeitgleich auch der Oberbürgermeister in der kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau und die Landräte in sieben der elf sachsen-anhaltischen Landkreise gewählt wurden.

Die CDU um Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff bleibt deutlich stärkste kommunale Kraft. Sie konnte ihr Ergebnis nochmals um knapp zwei Prozentpunkte auf 34,3 Prozent steigern. Zweitstärkste Kraft ist nun Die Linke, die die SPD in dieser Position ablösen konnte. Mit 21,5 Prozent liegen die sachsen-anhaltischen Linken nun mehr als drei Prozent vor den Sozialdemokraten. Die Grünen konnten

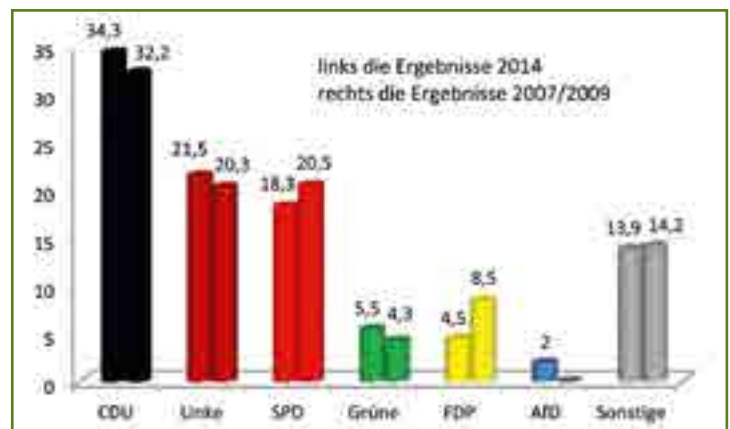
Die CDU stellt nun in allen Landkreisen und kreisfreien Städten die stärkste kommunale Kraft. In der kreisfreien Stadt Chemnitz konnte sie der Linken den Status der stärksten Fraktion im Stadtrat abringen. Die Linke findet sich nun durchgehend auf dem zweiten Rang.

ihren Anteil leicht ausbauen und erreichen nun 5,5 Prozent. Wie auch bei den anderen Kommunalwahlen des Frühjahrs geht die FDP als klarer Verlierer aus dem Urnengang hervor. Ihr Anteil hat sich nahezu halbiert und liegt nun bei 4,5 Prozent. Die AfD ist zwar nicht überall angetreten, erreicht dennoch bei ihrer ersten Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt einen landesweiten Anteil von zwei Prozent. Die sonstigen Parteien und Wählergruppen bleiben stabil bei um die 14 Prozent.

Die CDU stellt wie gehabt in allen elf Landkreisen die stärkste Fraktion. In den drei kreisfreien Städten zeigen sich unterschiedliche Ergebnisse. In der Landeshauptstadt Magdeburg verteidigt die SPD ihren ersten Rang genauso wie die CDU in Dessau-Roßlau. In der größten Stadt des Landes, Halle an der Saale, konnten die Linken die CDU einholen. Die beiden Stadtratsfraktionen sind nunmehr gleich groß.

Die Oberbürgermeister- und Landratswahlen brachten im ersten Wahlgang kaum entscheidende Ergebnisse. Einzig Uwe Schulze, Landrat von Anhalt-Bitterfeld, wurde im ersten Wahlgang wiedergewählt. In den übrigen sechs zur Wahl stehenden Landkreisen musste eine Stichwahl entscheiden. Dabei kam es jeweils drei Mal zu Duellen zwischen CDU und Linkspartei sowie zwischen CDU und SPD. Die SPD konnte einen und die CDU zwei ihrer Landkreise verteidigen. Im Salzlandkreis ist der parteilose Lothar Finzelberg für den Sozialdemokraten Steffen Burchhardt und in Mansfeld-Südharz CDU-Kandidat Dirk Schatz zugunsten der Linken Dr. Angelika Klein abgewählt worden. Die Stichwahl im Landkreis Wittenberg zwischen einem CDU-Kandidaten und einem der Linken fand erst nach Redaktionsschluss statt. In der kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau stand der amtierende Oberbürgermeister Klemens Koschig (parteilos) einer breiten Koalition aus CDU, Linken, SPD, Grünen und FDP gegenüber. Deren Kandidat Peter Kuras setzte sich in der Stichwahl klar durch.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt 2007/2009 und 2014





## Thüringen

Im Freistaat Thüringen fanden die Kommunalwahlen zeitgleich mit den Europawahlen am 25. Mai statt. Wahlberechtigt waren knapp 1,8 Millionen Menschen. Die Wahlbeteiligung lag bei 51,4 Prozent – etwa zwei Prozentpunkte weniger als noch 2009. Gewählt wurden Kreistage, Stadträte und Gemeinderäte, aber weder Oberbürgermeister noch Landräte.

Insgesamt entspricht das Thüringer Ergebnis in Ausprägung und Tendenz nahezu spiegelbildlich dem im Nachbarland Sachsen-Anhalt. Die CDU wird stärkste Kraft und kann ihren Anteil leicht auf nun 35 Prozent ausbauen. Die Linke verteidigt ihren 2009 nur sehr knapp gewonnenen zweiten Platz und liegt nun recht deutlich mit mehr als drei Prozentpunkten vor der SPD. Sollte sich dieses Ergebnis auch bei der Landtagswahl am 14. September bestätigen und erreichen Linke, SPD und Grüne erneut eine gemeinsame Mehrheit, könnte in einer rot-rot-grünen Koalition erstmals ein linker Ministerpräsident gewählt werden. Entscheidend könnte dabei das Abschneiden der drei kleineren Parteien Grüne, FDP und AfD werden. Die Grünen gewinnen nur leicht hinzu und liegen nun genau auf der bei Landtagswahlen wichtigen Marge von fünf Prozent. In den kreisfreien Städten verzeichnen sie jedoch nahezu durchweg zweistellige Ergebnisse. Die FDP verliert deutlich und erreicht nur noch 3,4 Prozent. Die AfD hat es im Gegensatz zu anderen Kommunalwahlen in Thüringen nicht geschafft, in ausreichend vielen Landkreisen und kreisfreien Städten anzutreten, um ein relevantes Gesamtergebnis zu erzielen. Sie war nur in der Landeshauptstadt Erfurt und im Weimarer Land wählbar und wird daher in der Grafik nicht gesondert ausgewiesen. In diesen beiden Gebieten

erzielte die AfD jeweils Anteile zwischen vier und fünf Prozent. Bei der gleichzeitig stattfindenden Europawahl konnte sie hingegen landesweit 7,4 Prozent erzielen. Die sonstigen Parteien und Wählergruppen inklusive der AfD erreichten bei der Kommunalwahl einen Anteil von 16,4 Prozent – zweieinhalb Prozentpunkte mehr als noch 2009. Dort, wo sie angetreten ist, konnte auch die NPD – in der Statistik ebenfalls unter „Sonstige“ – zulegen.

Die CDU wird in fast allen Landkreisen stärkste Kraft. Einzig im Landkreis Sömmerda konnte sie von der Linken abgelöst werden. Mit Suhl, Jena und Gera gehen drei der kreisfreien Städte an die Linke. Jena konnte dabei der SPD abgerungen werden. Die SPD ist nun nur noch in der Landeshauptstadt Erfurt die stärkste Kraft. Eisenach und Weimar konnten von der CDU verteidigt werden.



## Hamburg

In der Freien und Hansestadt Hamburg waren am 25. Mai circa 1,4 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, die sieben Bezirksversammlungen neu zu besetzen. Erstmals konnten in Hamburg auch 16- bis 18-jährige an Bezirkswahlen teilnehmen. Die Wahlen fanden zeitgleich mit den Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Gegenüber den Bezirksversammlungswahlen 2011, die parallel zur Bürgerschaftswahl stattfanden, ist die Wahlbeteiligung deutlich zurückgegangen. Der geringste Rückgang ist dabei mit 12,6 Prozentpunkten für Harburg zu verzeichnen, der höchste mit 15,4 Prozentpunkten für Wandsbek. Am relativ höchsten war die Wahlbeteiligung mit 47,2 Prozent in Altona, am niedrigsten mit 31,2 Prozent in Hamburg-Mitte.

Aufgrund des komplizierten Wahlrechts in der Freien und Hansestadt Hamburg ist es statistisch nicht möglich, eine Hamburg-weite

Analyse der Anteile von Parteien und Wählergruppen durchzuführen. Allerdings zeigen sich auch bei einer getrennten Betrachtung der sieben Hamburger Bezirke recht stringente Ergebnisse. Zwar bildet die SPD in allen Bezirken nach wie vor die stärkste Fraktion, sie

verliert allerdings durchgehend sehr deutlich. Am stärksten sind die Verluste in Hamburg-Nord mit minus 10,6 Prozentpunkten und noch am geringsten in Wandsbek mit 8,6 Prozentpunkten. Insgesamt erzielt die SPD in allen Bezirken Werte zwischen 30 und 40 Prozent. Die CDU verzeichnet durchgängig leichte Gewinne zwischen 0,1 und 2,4 Prozentpunkten. Abgesehen von Hamburg-Mitte (18,5 Prozent) erreicht sie durchgängig Werte zwischen 20 und 30 Prozent. Die Grünen können insbesondere in den innerstädtischen Bezirken teilweise deutlich zulegen. Dort erreichen sie in der Regel auch etwas mehr als 20 Prozent. In Eimsbüttel avancieren sie gar zur zweiten Kraft in der Bezirksversammlung. In den stadtauswärts gelegenen Bezirken sind die Zuwächse geringer. Doch auch hier werden mittlerweile Ergebnisse zwischen zwölf und 14 Prozent erreicht. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich bei der Partei Die Linke. Sie erreicht in Hamburg-Mitte und im zentralen Stadtteil Altona mehr als 14 Prozent. Hier sind auch die Zuwächse am stärksten. In den übrigen Stadtteilen liegt Die Linke knapp unter zehn Prozent. Lediglich in Wandsbek werden nur 7,2 Prozent erreicht, doch auch hier gibt es Zuwächse.

Die FDP verliert auch in Hamburg durchgehend. Am stärksten sind die Verluste im konservativ geprägten Bezirk Wandsbek. In eher zentrumsnahen Stadtteilen wie Eimsbüttel und Altona erreicht sie mit 4,5 bzw. 4,4 Prozent noch die besten Werte. Doch auch hier gelingt es nicht, fünf Prozent zu überschreiten.

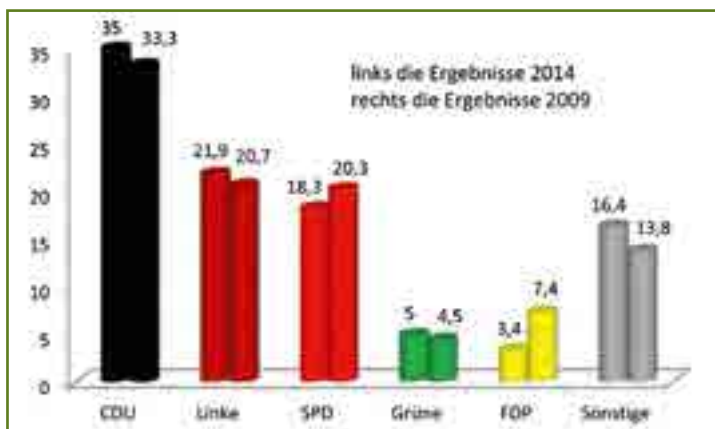
Die AfD trat erstmals an und erreicht aus dem Stand Werte zwischen 3,3 und sechs Prozent. Sie ist tendenziell stärker in den Außenbezirken wie Harburg, Wandsbek oder Bergedorf, kann aber auch in Hamburg-Mitte ein Achtungsergebnis von 5,1 Prozent erreichen. Bei den Bezirkswahlen schnitt sie jedoch etwas schlechter ab, als bei den Europawahlen, bei denen sie Hamburg-weit sechs Prozent erzielen konnte.

Die sonstigen Parteien erreichen in den Bezirken Anteile zwischen zwei und fünf Prozent. Hier entfällt der größte Anteil auf die Piraten, die mit 4,4 Prozent in Hamburg-Mitte ihr stärkstes Ergebnis erreichen. Freie Wähler und Wählergemeinschaften erzielten bei den Hamburger Bezirkswahlen nur marginale Anteile.

## Fazit

Der Grundtenor der recht pauschalen Nachwahlbetrachtung in den deutschen Leitmedien formuliert einen deutlichen Wahlsieg der Union. Dies lässt sich bei einer genaueren Betrachtung aber nur dann halten, wenn die Ergebnisse der vorangegangenen Wahlen als besonders gut interpretiert werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der vergangenen Landtagswahlen kann dies

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Thüringen 2009 und 2014



jedoch ohne weiteres geschehen und so lässt sich konstatieren, dass die Union ein gutes Ergebnis verteidigen und sogar leicht ausbauen konnte. CDU und CSU können bei acht der soeben analysierten Kommunalwahlen zulegen. Meist bezieht sich dies auf einen Zuwachs von ein bis zwei Prozentpunkten. Lediglich in Brandenburg kann die CDU ihren Anteil deutlich – um etwa fünf Prozentpunkte – ausbauen und ist dort nun stärkste kommunale Kraft. Auch bei den Bezirks- wahlen in Hamburg waren hohe Gewinne zu verzeichnen. Leichte Verluste gab es allerdings in den einwohnerreichsten Bundesländern Bayern und Nordrhein-Westfalen. In Baden-Württemberg wurde das gleiche Ergebnis erzielt, wie bei der vorangegangenen Kommunalwahl. Bei den Landratswahlen konnten die Unionsparteien die Anzahl ihrer Posten erhöhen, dafür ist die Zahl der Unions-Oberbürgermeister leicht gesunken. Aus allen zehn Kommunalwahlen in Flächen- ländern ist die Union als stärkste Kraft hervor- gegangen. Lediglich in Hamburg musste sie der SPD den Vortritt lassen, hat aber gerade dort deutlich zugelegt.

Auch die SPD hat sich weitgehend stabil ent- wickelt – dies allerdings nur im Vergleich zu den vorangegangenen Kommunalwahlen. Die Erfolge aus den Landtagswahlen der vergangenen Jahre wurden klar verfehlt. Sie stellt zwar in fünf der an den Kommunalwahlen des Frühjahrs beteiligten Bundesländer den oder die Ministerpräsidenten/ in, konnte jedoch nur aus der Bezirkswahl in Hamburg als stärkste kommunale Kraft hervor- gehen. Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein- Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern gingen an die CDU verloren. Zwar konnten die Sozial- demokraten in Baden-Württemberg deutlich vor dem grünen Seniorpartner um Ministerpräsident Winfried Kretschmann ins Ziel kommen, doch in den ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Sachsen- Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern wurde auch der zweite Platz verfehlt. In Mecklen- burg-Vorpommern können die Sozialdemokraten in keinem Landkreis und keiner kreisfreien Stadt eine relative Mehrheit erreichen – ein historisches Novum für eine Partei, die im Landtag sowohl die stärkste Kraft als auch den Ministerpräsidenten stellt. Selbst im Vergleich zu den überwiegend schon ernüchternden zurückliegenden Kommunalwahlen mussten acht Mal Einbußen in Kauf genommen werden. Diese überschritten allerdings bis auf Hamburg nie einen Wert von mehr als zwei Pro- zentpunkten. Mit vier Prozentpunkten die höchsten Gewinne gab es im kleinen Saarland. Immerhin ein Plus von zwei Prozentpunkten wurde im ein- wohnerreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen erreicht. In jenen Bundesländern, in denen bald Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen anstehen – Thüringen, Sachsen, Brandenburg und Hamburg –, wurde allerdings durchgängig verloren.

Auch aus den Wahlen zu Landräten und Oberbürgermeistern kreisfreier Städte ging die SPD als leichter Verlierer vom Platz. In der Summe konnten nur zwei Oberbürgermeister- posten hinzugewonnen werden. Dafür haben nun fünf Landräte weniger ein Parteibuch der SPD.

Die Linke erreicht unterschiedliche Ergeb- nisse. In den ostdeutschen Ländern verzeichnet sie zwei Mal ein Plus und drei Mal ein Minus. Besonders herb waren die Verluste in Branden- burg, was als schlechtes Omen für die baldigen Landtagswahlen gelten darf. In Sachsen, wo ebenfalls bald im Land gewählt wird, gab es marginale Verluste. Folgt man den Ergebnissen der Kommunalwahlen, sind die Chancen auf einen Ministerpräsidentenposten in Thüringen besonders groß. Auch dort wird im Spätsommer ein neuer Landtag gewählt. Bis auf Branden- burg ist die Linke nun überall im Osten zweite kommunale Kraft. In den alten Bundesländern konnten überwiegend Gewinne verbucht werden – die stärksten bei den Bezirkswahlen in Hamburg. Im Saarland hingegen mussten schmerzliche Verluste in Kauf genommen werden. In Bayern und Baden-Württemberg ist es noch immer nicht gelungen, bei Kommunal- wahlen flächendeckend anzutreten.

Die Grünen verzeichnen nahezu durchgängig leichte Gewinne. Insbesondere in den neuen Bundesländern konnten sie sich als relevante kommunale Kraft etablieren. Leichte Verluste gab es lediglich im Saarland und in Nordrhein-Westfalen. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, dass die Grünen nun in Bayern zwei Landräte stellen.

Eindeutiger Wahlverlierer ist die FDP. Sie hat bei allen elf Kommunalwahlen des Frühjahrs stark eingebüßt. In keinem der Bundesländer gelang es den Liberalen, mehr als fünf Prozent zu erreichen. Im Durchschnitt haben sich die erzielten Stimmenanteile in etwa halbiert. In den beiden einwohnerreichsten Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg liegt die FDP bei unter zwei Prozent. Nur etwas besser sieht es in den neuen Bundesländern aus, wo Werte zwischen 3,3 und fünf Prozent erreicht werden. Die FDP setzt ihren Niedergang aus den ver- gangenen Landtagswahlen und der Bundestags- wahl damit nahtlos fort. Eine Erholung ist nicht abzusehen. Auch die Ergebnisse bei den Europawahlen passen in dieses Bild.

Die Ergebnisse der Freien Wähler und anderer Wählervereinigungen sind ebenso heterogen wie sie selbst. In ihren Hochburgen in Bayern und Baden-Württemberg können sie die hervor- ragenden Ergebnisse bei den vergangenen Kommunalwahlen wiederholen. In Bayern können die Freien Wähler 13 ihrer 14 Landräte verteidigen. Im Rest des Bundesgebiets sind die Freien Wähler noch eine kleinere, allerdings auch dort wachsende politische Kraft.

Die AfD ist eine junge Partei. Daher ist es ihr nicht gelungen, das hervorragende Ergebnis der Europawahl auch auf der kommunalen Ebene nachzuvollziehen. Dazu ist sie in zu wenigen Landkreisen und kreisfreien Städten angetreten. Insbesondere in den neuen Bundesländern gelangen jedoch Achtungserfolge. Das stärkste Ergebnis wurde in Sachsen erzielt. Hier ist es bei den kommenden Landtagswahlen am ehesten möglich, dass die AfD in eine Landesregierung eintritt. In Mecklenburg-Vorpommern gelangen 4,2 und in Brandenburg 3,9 Prozent.

Die NPD konnte ihre Ergebnisse aus den vorangegangenen Kommunalwahlen weitgehend verteidigen. Insbesondere in den neuen Bundes- ländern scheint es nicht absehbar, dass sie kurzfristig aus dem politischen Spektrum verschwindet. Immerhin lag sie jedoch in den beiden Bundesländern, in denen sie Landtagsmandate verteidigen kann – Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen –, unter der Marge von fünf Prozent.

Die sonstigen Parteien und Wähler- gruppierungen haben sowohl in ihrer Vielzahl als auch anhand ihrer Stimmenanteile leicht zugelegt. Dies gilt insbesondere für die neuen Bundesländer. Insgesamt gilt, dass das politische Spektrum auf der kommunalen Ebene deutlich breiter gefächert ist, als in den Ländern oder im Bund. Auf allen politischen Ebenen vollzieht sich jedoch seit nunmehr drei Jahrzehnten ein langfristiger Trend der Ausdifferenzierung der politischen Landschaft.

Die Wahlbeteiligung lag bei fast allen Wahlen um die 50 Prozent. Dieser Wert ist zwar ent- täuschend, hat sich aber immerhin nicht ver- schlechert. Der Schnitt der elf Kommunalwahlen des Frühjahrs entspricht in etwa dem Mittel der Vergleichswahlen in den Jahren 2007 bis 2011.

Für die im Bundestag vertretenen Parteien hat sich mit den Kommunalwahlen des Frühjahrs nur wenig verändert. In Bezug auf die kommenden Landtags- und Bürgerschaftswahlen in Sachsen, Brandenburg, Thüringen und Hamburg muss sich am ehesten die SPD Sorgen machen. Die drei Landtagswahlen in den neuen Bundesländern ver- sprechen äußerst spannend zu werden. Die CDU könnte zwar überall stärkste Kraft werden, allerdings geht ihr mit der FDP ein möglicher Koalitions- partner verloren. Zudem erscheint die Bereitschaft der SPD für eine Kooperation mit der Linken in Thüringen und in Sachsen deutlich ausgeprägter als noch vor fünf Jahren. Insbesondere Bodo Ramelow, Spitzenkandidat der Thüringer Linken, hat gute Chancen auf das Ministerpräsidentenamt. Die FDP ist der klare Verlierer der Kommunal- wahlen. Die Partei muss aufpassen, dass sie von linksliberalen Piraten, einer rechtskonservativen AfD, zunehmend bürgerlicher werdenden Grünen und einer dominierenden Union nicht aus der politischen Landschaft gedrückt wird. ■